



Ökologische Durchgängigkeit von Bundeswasserstraßen

Rechtlicher Rahmen

1. Oktober 2009 – Bonn



Gliederung

Bisherige Rechtslage - Wasserstraßenrecht

- Richtlinien zur Erhaltung der Binnenfischerei an den Bundeswasserstraßen
- Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung
- Bestandsschutz

Wasserrahmenrichtlinie

- Richtlinie 2000/60/EG
- 7. WHG-Novelle 2002
- Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energien

Künftige Rechtslage

- Projekt Umweltgesetzbuch
- Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts

Offene Fragen





Bisherige Rechtslage

Richtlinien zur Erhaltung der Binnenfischerei an den Bundeswasserstraßen

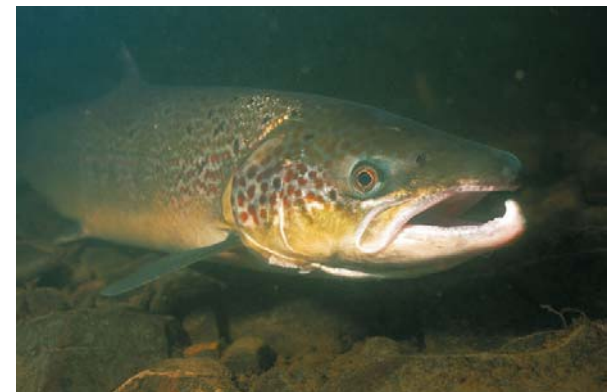
Vom Bundesminister für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 24. August 1955 erlassen.

Zusammenfassung mehrerer Erlasse aus den Jahren 1935 bis 1937 und Neugestaltung der Rechtslage.

Grundsatz: Alle wasserbaulichen Maßnahmen sind von vornherein so einzurichten, dass sie auch den Belangen der Fischerei gerecht werden.

Erhaltung der Fischwanderung durch die Erstellung von Fischpässen in Stauanlagen.

Erhaltung oder Anlage von Laich-, Nahrungs- und Weideplätzen und die Erhaltung kiesgründiger Stromstrecken für Kieslaicher.





Bisherige Rechtslage

Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Bereits im ersten Bundesnaturschutzgesetz vom 20.12.1976 enthalten.

Eingriffe sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können.

Vermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft sind zu unterlassen, unvermeidbare vorrangig auszugleichen oder in sonstiger Weise zu kompensieren.



Die erstmalige Errichtung eines Querbauwerks in einem Gewässer ist ein Eingriff.



Dessen Folgen lassen sich zumindest teilweise durch den Bau einer Fischwanderhilfe ausgleichen.



Bisherige Rechtslage

Verfahrensrecht

Das am 01.01.1968 in Kraft getretene Bundeswasserstraßengesetzes schuf eine einheitliche Rechtsgrundlage für den Ausbau und die Unterhaltung von Bundeswasserstraßen als Verkehrswege.

Der Ausbau einer Bundeswasserstraße als Verkehrsweg bedarf der Planfeststellung, Planfeststellungsbehörden sind die Wasser- und Schifffahrdirektionen.

Die Errichtung einer Stauanlage aus verkehrlichen Gründen ist der Ausbau einer Bundeswasserstraße.

Fischaufstiegsanlagen wurden soweit erforderlich als schadensverhütende Maßnahmen mit der Stauanlage von der WSD planfestgestellt.



Bisherige Rechtslage

Nachrüstung von bestehenden Stauanlagen

Nach WaStrG genehmigte Stauanlagen genießen – mit oder ohne Fischwanderhilfe – Bestandsschutz.

WaStrG enthält keine Rechtsgrundlage, um allein aufgrund einer Änderung der Rechtslage nachträglich weitere Auflagen anzuordnen.

An bestehenden Stauanlagen können Fischwanderhilfen nur in einem Verfahren nach Wasserhaushaltsrecht von den zuständigen Behörden als eigenständige Anlage genehmigt werden.



Wasserrahmenrichtlinie

Richtlinie 2000/60/EG vom 23.12.2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik

Paradigmenwechsel in der Gewässerbewirtschaftung:

Betrachtung des gesamten Flusseinzugsgebiets von der Quelle bis zur Mündung über Staatsgrenzen hinweg.

Schwerpunkte:

Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität
National sowie international koordinierte Maßnahmenprogramme und
Bewirtschaftungspläne

Zielstellung:

Erreichung des guten chemischen und ökologischen Zustands bei natürlichen Gewässern sowie des guten chemischen Zustands und des guten ökologischen Potentials bei erheblich veränderten und künstlichen Gewässern
Verschlechterungen des bestehenden Gewässerzustands sind zu vermeiden



Wasserrahmenrichtlinie

Ökologische Durchgängigkeit

- ➡ Definiert in Anhang V der WRRL
- ➡ Ein wesentliches Kriterium für den guten ökologischen Zustand / das gute ökologische Potential
- ➡ Umfasst die Migration aquatischer Organismen und den Transport von Sedimenten

Mit der WRRL besteht nun die Verpflichtung, die ökologische Durchgängigkeit an Gewässern zu erhalten bzw., soweit dies für die Zielerreichung erforderlich ist, wieder herzustellen.



Wasserrahmenrichtlinie

Umsetzung in nationales Recht

Bundesrecht:

- 7. Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes von 2002
(Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes von 2002)
(Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energien von 2004 und 2009)

Landesrecht:

- Änderung der Landeswassergesetzes
Erlass von zwei Verordnungen zur Umsetzung der Anhänge II und V der WRRL



Wasserrahmenrichtlinie

Vorschriften über die ökologische Durchgängigkeit im geltenden Recht

Wasserhaushaltsgesetz:

- keine Regelung zur ökologischen Durchgängigkeit
- keine ausdrückliche Regelung zur Nutzung von Wasserkraft

Bundeswasserstraßengesetz:

- keine Regelung zur ökologischen Durchgängigkeit



Wasserrahmenrichtlinie

Vorschriften über die ökologische Durchgängigkeit im geltenden Recht

Gesetz über den Vorrang erneuerbarer Energien:

In der Fassung vom 21.07.2004:

Die Vergütung von Strom aus Wasserkraft ist gekoppelt an das nachweisliche Erreichen eines guten ökologischen Zustands oder der wesentlichen Verbesserung des ökologischen Zustands gegenüber dem vorherigen Zustand

In der Fassung ab 01.01.2009 zusätzlich:

Wesentliche Verbesserung der biologischen Durchgängigkeit als ein Regelbeispiel für die wesentliche Verbesserung des ökologischen Zustands





Wasserrahmenrichtlinie

Vorschriften über die ökologische Durchgängigkeit im geltenden Recht

Landeswassergesetze:

- nur vereinzelt Regelungen zur ökologischen Durchgängigkeit
- drei Landeswassergesetze enthalten Regelungen über fischereiwirtschaftlich / ökologische Anforderungen an Wasserkraftwerke

Landesverordnungen:

Definition der hydromorphologischen Qualitätskomponenten durch Übernahme der Tabellen aus Anhang V zur WRRL



Wasserrahmenrichtlinie

Vorschriften über die ökologische Durchgängigkeit im geltenden Recht

Fazit:

Im geltenden Recht fehlen zwingende Vorschriften über die (nachträgliche) Errichtung von Fischwanderhilfen an bestehenden Stauanlagen, sofern diese zur Erfüllung der Ziele der WRRL erforderlich ist.



Künftige Rechtslage

Projekt Umweltgesetzbuch

Referentenentwurf November 2007

- Ziel: Vereinfachung und Zusammenführung des Umweltrechts
- Fünf Bücher und Einführungsgesetz
- Zweites Buch (UGB II) Wasserwirtschaft mit Vorschriften über die ökologische Durchgängigkeit und Wasserkraftnutzung

Intensive Ressortabstimmungen zwischen November 2007 und Januar 2009

BMU erklärte am 1. Februar 2009 das UGB für gescheitert

BMU legte Anfang Februar 2009 Gesetzentwürfe vor zu:

- Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- Gesetz zur Neuregelung des Wasserrechts
- Gesetz zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung
- Gesetz zur Bereinigung des Bundesrechts im Geschäftsbereich des BMU



Künftige Rechtslage

Gesetz zur Neuregelung des Wasserrechts

4. Februar 2009	Vorlage des ersten Referentenentwurfs
11. März 2009	Kabinettsbeschluss
19. Juni 2009	Bundestagsbeschluss
10. Juli 2009	Bundesratsbeschluss
31. Juli 2009	Ausfertigung
3. August 2009	Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt
1. März 2010	Inkrafttreten



Künftige Rechtslage

Ökologische Durchgängigkeit

Erster Referentenentwurf zum UGB II vom November 2007

Durchgängigkeit

Wer eine Stauanlage oder sonstige Anlage im Gewässer errichtet, betreibt oder wesentlich ändert, hat durch geeignete Einrichtungen oder Maßnahmen die Durchgängigkeit des Gewässers zu erhalten oder wieder herzustellen.

Durchgängigkeit im Sinne von Satz 1 ist gegeben, wenn Gewässerorganismen die Anlage schadlos stromaufwärts und stromabwärts passieren können und der Transport von Geschiebe im Gewässer gewährleistet ist, soweit dies für die ökologische Funktionsfähigkeit des Gewässers und anderer hiermit verbundener Gewässer erforderlich ist.



Künftige Rechtslage

Ökologische Durchgängigkeit

Gesetz zur Neuregelung des Wasserrecht vom 31. Juli 2009

§ 34 Durchgängigkeit oberirdischer Gewässer - WHG-Novelle

- (1) Die Errichtung, die wesentliche Änderung und der Betrieb von Stauanlagen dürfen nur zugelassen werden, wenn durch geeignete Einrichtungen und Betriebsweisen die Durchgängigkeit des Gewässers erhalten oder wiederhergestellt wird, soweit dies erforderlich ist, um die Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 zu erreichen.
- (2) Entsprechen vorhandene Stauanlagen nicht den Anforderungen nach Absatz 1, so hat die zuständige Behörde die Anordnungen zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit zu treffen, die erforderlich sind, um die Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 zu erreichen.
- (3) Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes führt bei Stauanlagen an Bundeswasserstraßen, die von ihr errichtet oder betrieben werden, die nach den Absätzen 1 und 2 erforderlichen Maßnahmen im Rahmen ihrer Aufgaben nach dem Bundeswasserstraßengesetz hoheitlich durch.



Künftige Rechtslage

Ökologische Durchgängigkeit

Schlussfolgerungen:

- ➔ Ausrichtung an den Zielen der WRRL
 - Keine eigene Definition der ökologischen Durchgängigkeit im nationalen Recht
 - Konkretisierung durch Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne
 - MP und BWP im Einvernehmen mit der WSV
- ➔ Bund erkennt Verantwortung für die Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit an
- ➔ Beschränkung auf Anlagen an BWaStr, die von der WSV errichtet oder betrieben werden
- ➔ WSV handelt eigenverantwortlich, entscheidet selbst über Prioritäten, ist unabhängig von Anordnungen der Wasserwirtschaftsbehörde
- ➔ WSV muss die Maßnahmen zur Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit aus ihrem Haushalt finanzieren



Künftige Rechtslage

Ökologische Durchgängigkeit

Die neue Rechtslage fügt sich in die bestehende Regelungssystematik ein:

- ➔ Errichtung einer Stauanlage aus verkehrlichen Gründen ist Ursache für die Unterbrechung der ökologischen Durchgängigkeit.
- ➔ Anknüpfung an das Verursacherprinzip wird von Neuanlagen (= bestehende Rechtslage) auf die Nachrüstung von Altanlagen ausgeweitet.
- ➔ WSV handelt in Folge ihrer verkehrlichen Verwaltungskompetenz auch bei der nachträglichen Errichtung von Fischwanderhilfen hoheitlich.
- ➔ Verfahren richtet sich nach Bundeswasserstraßengesetz (einschließlich Einvernehmen wegen Landeskultur und Wasserwirtschaft).



Künftige Rechtslage

Wasserkraftnutzung

Gesetz zur Neuregelung des Wasserrecht vom 31. Juli 2009

§ 35 Wasserkraftnutzung

- (1) Die Nutzung von Wasserkraft darf nur zugelassen werden, wenn auch geeignete Maßnahmen zum Schutz der Fischpopulation ergriffen werden.
- (2) Entsprechen vorhandene Wasserkraftnutzungen nicht den Anforderungen nach Absatz 1, so sind die erforderlichen Maßnahmen innerhalb angemessener Fristen durchzuführen.
- (3) Die zuständige Behörde prüft, ob an Staustufen und sonstigen Querverbauungen, die am 1. März 2010 bestehen und deren Rückbau zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 auch langfristig nicht vorgesehen ist, eine Wasserkraftnutzung nach den Standortgegebenheiten möglich ist. Das Ergebnis der Prüfung wird der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich gemacht.



Künftige Rechtslage

Wasserkraftnutzung

- ➔ § 35 WHG regelt erstmals die Wasserkraftnutzung im WHG.
- ➔ Regelungsgehalt wurde gegenüber dem ersten Entwurf im UGB II vom November 2007 stark verkürzt und auf den Schutz der Fischpopulation beschränkt
- ➔ Schutz der Fischpopulation meint Erhaltung der Reproduzierbarkeit und schadlose Wanderung an der Wasserkraftanlage vorbei einschließlich Zugang zu den Laichgewässern.
- ➔ Anforderungen aus § 35 WHG stehen neben den Anforderungen aus § 23 EEG
- ➔ Wasserkraftbetreiber werden für die gewässerökologischen Folgen der Wasserkraftnutzung in die Verantwortung genommen.



Künftige Rechtslage

Fazit:

Das WHG in seiner neuen Fassung schließt die bestehende Regelungslücke, löst aber nicht die Probleme, die sich ergeben,

wenn mehrere Nutzungen an einer Stauanlage zusammenfallen (z. B. Schiffsverkehr und Wasserkraft)

wenn die Fischwanderhilfe mehrere Zwecke erfüllt (z. B. Zielerreichung nach WRRL und naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahme)

wenn



Viele offene
Fragen

Viele Beteiligte

- WSV
- Land
- Wasserkraft
- Weitere

Komplexe Bauwerke

- Wehr
- Wasserkraftanlage
- Schleuse
- Fischpass

Komplexe Rechtslage

- WHG
- WaStrG
- EEG
- WRRL
- LWG
- BNatSchG



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit